

Allen Kindern beide Eltern

mit Ihrem Projekt

Kinder haben ein Recht auf die gelebte Beziehung zu Vater, Mutter, Großeltern und allen Verwandten

www.ur-vertrauen.de

www.verantwortungsbewusstsein.de

1. Vorsitzender Dipl.-Ing. Peter Christof
Lerchenstraße 7
bewusstsein@oleco.net

Telefon: 09128 – 7240968
90537 Feucht
verantwortung@oleco.net

Menschenrechtsinitiative *Allen Kindern beide Eltern*
Peter Christof – Lerchenstraße 7 – 90537 Feucht

NEUE POST
z.H. Herrn Redakteur Heinz Gohde
Buchardstr. 11
20077 HH

T: 040,30194123
F: 040,30194133
NEUEPOST@hbv.de

Heft 32 / 28.7.04 Seite 16 / 17 Interview mit Fr. Familienministerin R. Schmidt

Sehr geehrter Herr Gohde,

7.8.2004

wir nehmen Bezug auf Ihren Artikel und möchten Ihnen diese Information mit der Bitte zukommen lassen, diese (in Auszügen beispielsweise als Leserbrief) möglichst mit Kontaktdaten abzudrucken.

Präambel:

unsere Menschenrechtsinitiative *Allen Kindern beide Eltern* vertritt nicht ein Geschlecht oder nur eine Generation, sondern setzt sich mit der fortwährenden Menschenrechtsverletzungen des deutschen Staates in Zusammenhang mit Familienrecht und Rechtsprechung auseinander, denn nicht nur ein Vater und eine Mutter bleiben immer Vater und Mutter ihrer Kinder, auch unsere Eltern sind und bleiben immer Eltern und wichtige Bezugspersonen für unsere Kinder, ihre Enkelkinder.

Jedoch ist es nur in Deutschland erforderlich, dass sich Großeltern in unserer Menschenrechtsinitiative sowie in der *BUNDESINITIATIVE der GROSSELTERN für von Trennung und Scheidung betroffener Kinder* organisieren und auf die Strasse gehen müssen, da ihnen von deutschen Richtern das Grund- und Menschenrecht verweigert wird, ihre Enkelkinder zu sehen - etwas, das kein „noch so primitives“ Naturvolk auf der gesamten Welt macht !

Deshalb widersprechen wir den Ausführungen von Familienministerin R. Schmidt:

sicher gibt es einige Fälle, in denen die einfachere Vereinbarkeit mit Karriere / Beruf den Kinderwunsch unterstützen würde. Meine 2.Ehefrau stammt aus Ungarn - dort arbeiten fast alle Frauen TROTZ Kinder !

Der vorwiegende Grund für den Geburtenrückgang (35% zu wenig - bis ca. 2025 erwartet, dass die deutsche Bevölkerung auf ca. 60 Millionen zurückgeht) liegt im richterlichen Entzug aller Bürger-, Grund- und Menschenrechte für Väter, väterliche Großeltern und Kinder im Scheidungsfall (eine Ehe währt im Durchschnitt 6,3 Jahren ²/₃ aller Scheidungsanträge kommen von den Gewinnern, den Frauen).

Eine Ehe (vor allem eine mit Kinder) führt zu Lebens langem Bußgeld für den Mann - in Deutschland ist die sog. **Vaterschaft reduziert auf Samenspende und Geldtransfer !**

Die führenden Koryphäen (Prof. Dr. Amendt, Dr. H. Petri, Prof. Gardener, Dr. Warshak, Prof. Fthenakis, Dr. W. von Boch Galhau ...), weisen eindringlich seit bald 25 Jahren auf die Folgen der „Vätervertreibung“ aus den Familien hin; dies wird von deutschen Politiker und Richtern sowie Jugendamtsmitarbeitern und Gutachtern mit unglaublicher Ignoranz, Borniertheit und Arroganz geleugnet. Ebenso werden die Ergebnisse der Gewaltstudie, welche das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN)1995 durchführt sowie die 2 Studien von Hr. Prof. Dr. Proksch geleugnet, welche die Bundesregierung selbst in Auftrag gaben, denn: ***was nach richter- und staatsanwaltliche Meinung nicht sein soll, darf und kann deshalb auch nicht sein !***

So wird vollständig das unbeschreibliche Leid vernachlässigt, welches durch die deutsche Familiengerichtspraxis über Kinder und vorwiegend Väter (in 7% der Fälle auch über Mütter) - jedoch immer über die Großeltern - gebracht wird. Gerade für die Kinder endet dieses niemals, denn die PAS Strategien der entfremdenden Elternteile

(laut der Studie von Hr. Prof. Dr. Proksch sehen 50% der Kinder nach dem 1. Trennungsjahr ihren Vater und väterlichen Großeltern nicht mehr !) führt zu lebenslangen Traumas. Auch diese Kinder vereinen in sich die Anlagen von Vater und Mutter; um den Vorgaben des entfremdenden Elternteils (in 7% der Fälle entfremden Väter) müssen sie den väterlichen Anteil ihrer Person / Persönlichkeit ausmerzen / abtöten; dies erzeugt

Lebenslanges Leid !

Auch dürfen sie die väterliche und großelterliche Liebe niemals mehr erfahren !

Was für ein Verbrechen müssen diese Kinder begangen haben, dass sie **so unmenschlich bestraft** werden ?

So sage nicht nur ich, sondern alle Väter, die Kinder lieben: keine Kinder für Deutschland!

Ein Münchner Anwalt meint: « Die Gerichte sind männerfeindlich »; viele Unschuldige sind verurteilt worden, denn Richter haben **immer** den **jeweiligen Zeitgeist legalisiert** (Gerichtsfarce und Farce des GGs: (Männer haben kein) Recht auf eine faire Verhandlung !). Das Ergebnis im Familiengericht steht in 95% der Fälle von vornherein fest (Kinder gehören der Mutter) und zerstören die Seele von ausgegrenzten Vätern, Müttern, Onkel und Tanten sowie Großeltern und vor allem aller Kinder.

Doris Lessing: "Ich bin zunehmend schockiert über die gedankenlose Abwertung von Männern, die so sehr Teil unserer Kultur geworden ist, dass sie kaum noch wahrgenommen wird."

Man weiß in RL/P, dass 10% der Arbeitslosen auf die Scheidung zurück zu führen sind. In München sind 40% der Obdachlosen laut dem Opferdezernat auf Scheidungs- und Unterhaltspraxis deutscher Gerichte zurück zu führen.

Durch den Verlust von Lebensfreude, geht auch die Lebenskraft verloren. Die Resignationspolitik deutscher Politiker, welche „standhaft“ ihre Verantwortung und die Seilschaften von Richtern aller Instanzen sowie der Richter mit der Staatsanwaltschaft leugnen, nimmt den Bürgern jeden Glauben in Recht, Gerechtigkeit und Wahrheit, denn die deutsche Verfassung wird jeden Tag in deutschen Gerichten mit Richterfüßen getreten. Unsere Menschenrechtsinitiative sieht ein großes Problem in der Solidarität der zumeist jungen weiblichen Mitarbeiter in den Sozialberufen und den Ämtern wie dem Jugendamt oder als Verfahrenspflegerin mit den Müttern. Durch den Solidaritätspakt der scheidungs begleitenden Berufe sind viele Väter **entgegen jeder Wahrheit** wegen sexuellem Missbrauch verurteilt worden (90% der Familiengerichtsgutachten sind unhaltbar) obwohl bereits 1995 Prof. Klenner die mütterliche Gerichtstaktik „sexueller Kindesmissbrauch“ in der FamRZ beschrieben hat.

Nach den Erfahrungen mit Ämtern, Gerichten und deutscher Gerechtigkeit (Aussage eines Anwalts: das dt. Recht ist ein Ordnungssystem, mit dem Zieles soll Ruhe einkehren < daher ist eine Seite zum Aufgeben zu zwingen >), haben sich 40% der geschiedenen Männer bereits sterilisieren lassen. Viele zur heutigen Jugend gehörenden waren schon als Kinder betroffen - bei den Anderen spricht es sich herum, denn ca. $\frac{1}{3}$ der Schüler sind Scheidungskinder - und wollen nicht auch ihr Leben und Bürger- sowie Menschenrecht durch eine Ehe (wie ihre Väter) verlieren,

Unser Ziel ist die Verwirklichung des Geburtsrechts aller **Kinder auf die gelebte Beziehung zu Vater, Mutter, Großeltern und allen Verwandten** ! Nur eine ausgeglichene – also tatsächliche 50:50 – Ver- / Umsorgung sowohl finanziell als auch zeitlich der Kinder durch **beide Elternteil**, ermöglicht den Kindern, an Seele und Geist gesund groß zu werden.

Beide Elternteile müssen sich mit einem Mediator zusammensetzen, um die Lösung auszuarbeiten, wie die 50:50 Ver- / Umsorgung der Kinder praktisch (Zeit- und Finanzschema) realisiert werden kann, denn an der 50 : 50 Ver- / Umsorgung darf nicht mehr gerüttelt werden. Die Richter haben dann nur noch das Ende der Ehe festzustellen bzw. die Trennung der weltlichen Dinge festzulegen und **KEINE (sie haben auch heute nicht die notwendige soziale Kompetenz dafür)** Aussage / Festlegung in Fragen der Kinder zu treffen.

Mit freundlichen Grüßen



Peter Christof

1. Vorsitzender der
Menschenrechtsinitiative

auch ich konnte zuletzt im Herbst 2000 meine Kinder in den Arm nehmen (da sich die Kinder von mir nicht trennen wollten, wurde ich verhaftet, um uns zu trennen), für die ich dank der mütterlichen PAS Indoktrination nur noch ein hassenswerter Lügner bin (für 3 Millionen Kinder sind die entfremdenden Mütter die einzigen Vorbilder).

Allen Kindern beide Eltern

mit ihrem Projekt

Kinder haben ein Recht auf die gelebte Beziehung
zu Vater, Mutter, Großeltern und allen Verwandten

*Ist nicht das Respektieren von Wahrheit und
Gerechtigkeit, sowie von Menschlichkeit und
Menschenwürde eine Frage der Ehre ?*

»Familiäre Vertreibungen - egal wen sie treffen - sind nicht weniger aggressiv als Vertreibungen im Zuge kriegerischer Auseinandersetzungen. Kinder an Vertreibungen zu beteiligen, oder sie aktiv dazu anzutreiben, ist in hohem Maße aggressiv. Es ist eine besondere Weise, die Kinder zu missbrauchen.« Prof. Gerhard Amendt, Bremen

WER SCHÜTZT UNSERE KINDER vor dem „deutschen Kindeswohl“ - vor deutschen Richtern, Jugendamt, Gutachtern und Verfahrenspflegerinnen ?

WER GIBT deutschen Richter das RECHT Kindern ihren Vater und die Großeltern zu nehmen ?
Dieses Leid in Deutschland finden Sie in keinen anderen Familien / Scheidungsfällen in ganz Europa.

Der Wahnsinn, welcher in deutschen Gerichtssälen abläuft, kann kein geistig gesunder Menschen nachvollziehen !
Daher darf es kein Berufsrichtertum mehr geben; Richter müssen min. 15 Jahre Anwaltspraxis / Fachanwaltspraxis
nachweisen und müssen vom Volk für 1 Jahr gewählt & durch ein richterunabhängiges Gremium kontrolliert werden !

Kein deutscher Bürger soll sich dem Gedanken hingeben, es seien Einzelfälle, die ihn niemals betreffen - es ist der Regelfall, denn Väter und Großeltern werden über Jahre von einer *Gerichtsfarce* zur nächsten *durch alle Instanzen* seelisch & finanziell ausgeplündert: **jeder kann ohne eigenes Verschulden zu einem Betroffenen und unschuldig abgeurteilt werden !**

Leben kann man nur miteinander ! Doch niemals gegeneinander / in einem permanenten Geschlechterkrieg !

Die Menschenrechtsinitiative ***Allen Kindern beide Eltern*** fordert als endgültige Lösung, dass Trennung und Scheidung, vor allem wenn Kinder betroffen sind, nicht in die Zuständigkeit der Gerichte fallen dürfen ! Daher hat die Menschenrechtsinitiative folgenden Lösungskatalog aufgestellt:

1. Fragen der zwischenmenschlichen Problematik fallen NICHT mehr in die Zuständigkeit der Gerichte (dadurch werden Anwälte mit ihrem finanziellen Interesse am Streit und die Verfahrensverschärfung eliminiert)
2. auch ein geschiedener deutsche Mann muss das Recht / die Chance haben, eine neue Familie zu gründen; heute ist diese 2. Ehefrau und Kinder in dieser Ehe „nachrangig“ (sie / die daraus resultierende finanzielle Last werden nicht berücksichtigt) und es wird unabh. davon, ob er allein lebt oder in einer neuen Ehe nur €840.- Selbstbehalt zugebilligt - jeder weitere € wird voll zur Unterhaltsermittlung herangezogen (Pfändung unter den Sozialhilfesatz).
3. an Stelle des Berufsrichtertums werden Richter und Staatsanwälte **vom Volk** für 1 Jahr gewählt und durch ein richterunabhängiges / richterfreies Gremium kontrolliert. Wer sich als Richter bewirbt muss min. 15 Jahre Anwaltspraxis / Fachanwaltspraxis sowie Fortbildung in den jeweiligen Fächern (z.B. zu PAS) nachweisen.
4. Jeder Beamte, auch Politiker sowie Staatsanwälte oder Richter müssen für jeden Gesetzesverstoß im Amt (Rechtsbeugung ist tagtägliche Praxis an deutschen Familiengerichten) oder Missachtung der Menschenwürde bzw. der int. Menschen- oder Kinderrechte ebenso wie Beamte bzw. Personen der scheidungsbegleitenden Berufe (Verfahrenspfleger, Gutachter, Jugendamtsmitarbeiter etc.) in vollem Umfang zur Verantwortung gezogen / angeklagt und verurteilt werden
5. das Gericht muss innerhalb von 2 Wochen terminieren ebenso wie der 1. Beratungstermin ebenfalls innerhalb von zwei Wochen zustande kommen muss (für das kindliche Zeitgefühl sind 3 Wochen mehr als 3 Monate).
- wie in Cochem bei Richter J. Rudolf praktiziert.
6. taktische Angaben (sexueller Missbrauch) sind zu beenden und als Straftatbestand (Angabe von falschen Tatsachen und / oder Vortäuschung einer Straftat) strafrechtliche zu ahnden.
7. taktische Maßnahmen sowie Umgangsboykott, Kindesentzug, Kindesmitnahmen vom gewohnten Lebensmittelpunkt etc. widersprechen dem Kindeswohl und belegen die fehlende Erziehungsfähigkeit / fehlende Bindungstoleranz; diesem Elternteil ist das Sorgerecht / Aufenthaltsbestimmungsrecht zu entziehen.
8. es wird Gesetz, dass jedes Elternteil das Recht und die Pflicht hat, sich in identischem / gleichem Umfang um das gemeinsame Kind zu kümmern; dieses schließt das finanzielle Ausbeuten des Nichtsorgeberechtigten auch gegenüber dem geschiedenen Elternteil (Aufhebung des Ehegatten- / Kindesunterhalts) aus
- **exakt gleicher Anteil an *Pflege- bzw. Betreuungszeit* und *finanzieller Aufwendung*: 50 : 50 Regelung**
- siehe dazu auch die Parallelen zur Cochemer Praxis (Richter J. Rudolf)

Denn beide Elternteile sind verantwortlich, dass die Kinder geboren wurden und diese gemeinsame Verantwortung endet nie ! Daher müssen beide Elternteile sich mit Hilfe eines Mediators gütlich einigen, beide müssen gleichviel - auch finanzielle - Mittel und Zeit für ihre Kinder aufbringen und die Bindungstoleranz muss das tragende Kriterium für jede Entscheidung werden.

D.h. die sich ergänzende Wirkung von Mutter, Vater und Großeltern darf niemals unterbunden werden.

9. ein Kind darf vor einer endgültigen Einigung sein gewohntes Lebensumfeld NICHT verlassen - dieses ist sein Kinderzimmer in der von den Eheleuten (Lebensgemeinschaft) bewohnten Wohnung in dem Wohnort des gemeinsamen Hausstandes; jegliche Herausnahme ist ein Akt der Gewalt und muß als Körperverletzung / Kindesmisshandlung und als Entführung geahndet werden - dieses gilt in besonderem Maße für die Fälle, in denen Umgangsboykott dadurch begangen wird, indem ein Elternteil (zumeist die Mutter) wieder zu ihren Eltern zieht - oft hunderte von Km weit weg vom Vater und seinem Arbeitsplatz - i.d.R mit dem Ziel auf diese Weise den Umgang zu boykottieren.
10. den Eltern stehen Mediatoren zur Seite, die ihnen helfen, ihre Pflichten in eine für sie realisierbare Form für den zu lebenden Alltag zu bringen - eine Aufhebung ihrer identischen Pflichten ist jedoch nie verhandel- oder diskutierbar.

In Deutschland ist es VOLLKOMMEN UNMÖGLICH ein Grund- oder Menschenrecht einzufordern!

Unser vollständiger Forderungskatalog:

I. beendet die fortwährenden Verfassungsverstöße Deutschlands, der Jugendämter und seiner Juristen
Grundgesetz Artikel 1 [Menschenwürde; Bindung der Staatsgewalt an die Grundrechte]

(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu **unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten** als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.

(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

I. 2. beendet den Rechtsfreien Raum für Juristen inklusive Richter und Staatsanwälte

- **Grundgesetz Artikel 3 [Gleichheit vor dem Gesetz; Gleichberechtigung]**

(1) **Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.**

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

(3) Niemand darf wegen seines **Geschlechtes**, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen **benachteiligt oder bevorzugt** werden.

I. 3. wir fordern, dass Recht inkl. dem Grundrecht auf eine faire Verhandlung, Gerechtigkeit und Menschlichkeit objektiv und unabhängig von zeitlichen Strömungen, politischem Ränkespielen oder dem Zeitgeist von jedem Bürger eingefordert können und im Alltag praktisch / pragmatisch umgesetzt werden muss.

3. 2. wir fordern, dass Richter und Staatsanwälte keine Beweise mehr ignorieren oder unterschlagen dürfen und nur solcher Personen Richter werden dürfen, die fähig sind, ein einmal erfolgtes Urteil abzuändern.

3. 3. wir fordern, dass auch Rechtsverstöße von Richter und Staatsanwälte strafrechtlich verfolgt werden.

3. 4. wir fordern, dass das deutsche Rechtssystem, welches ein **reines Ordnungssystem** (gleich dem Borderline wird der Frau alles Positive, dem Mann alles Negative **auch gerichtlich** zugeordnet) mit dem Ziel ist „**es soll Ruhe einkehren**“ (Ruhe einkehren bedeutet, dass ein Elternteil dazu gebracht wird, aufzugeben – also verfolgt der Staat, das Jugendamt, und die Juristen unterstützt durch sog. Gutachter das Ziel, die Väter **finanziell** auszubrengen (die Scheidungsindustrie & alle Juristen leben/schmarotzen vom Leid) und persönlich zur Resignation zu zwingen) zu einem Menschenrechtssystem werden muss und nicht länger darf jeder auch noch so **unmenschliche Zeitgeist** durch Richter **legalisiert** werden, denn Recht und Menschlichkeit hat unabhängig vom Zeitgeist gültig zu sein.

I. 4. beendet die Lügen, dass Richter unabhängig sind und durch die Ägide der Gewaltenteilung Minister keine Handhabe gegen richterliche Rechtsbeugung haben: jeder Ministerpräsident ist der oberste Dienstherr aller Minister; der Justizminister ist der direkte Dienstherr der Richter und die Familienministerin die Dienstherrin der Jugendamtsmitarbeiter, welche darüber **wachen müssten**, dass ihre Beamte die Gesetze einhalten. So hat auch jeder Justizminister (ursprünglich bedeutete lat. justus = gerecht) als Dienstherr „seiner Richter“ diese zu Rechtskonformen Handeln anzuhalten !

deutsches Richtergesetz:

§ 26 Dienstaufsicht (1) Der Richter untersteht einer Dienstaufsicht nur, soweit nicht seine Unabhängigkeit beeinträchtigt wird.

(2) Die Dienstaufsicht umfaßt vorbehaltlich des Absatzes 1 **auch die Befugnis, die ordnungswidrige Art der Ausführung eines Amtsgeschäfts vorzuhalten und zu ordnungsgemäßer, unverzüglicher Erledigung der Amtsgeschäfte zu ermahnen.**

(3) Behauptet der Richter, daß eine Maßnahme der Dienstaufsicht seine Unabhängigkeit beeinträchtigt, so entscheidet auf Antrag des Richters ein Gericht **nach Maßgabe dieses Gesetzes.** <= durch das Krähenprinzip (kein Richter hackt einem anderen das Auge aus), betrügt dieses Gesetz den Bürger um seine Rechte ! Beendet die Farce, welche Gerichtsverfahren & Recht genannt werden!

§ 38 Richtereid

(1) Der Richter hat folgenden Eid in öffentlicher Sitzung eines Gerichts zu leisten: **„Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen, so wahr mir Gott helfe.“** <= würden Richter gemäß Ihrem Eid handeln, gäbe es kein Millionenfaches Leid – durch den rechtsfreien Raum für Richter, wird kein Eidbruch geahndet

II. wir fordern, dass der deutsche Staat seinen Pflichten nachkommt:

- **Grundgesetz Artikel 6 [Schutz von Ehe und Familie; nichteheliche Kinder]**

(1) **Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.**

(2) **Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht.**

Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.

(3) **Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen**

Damit bedeutet der **Artikel 6** [wie auch vom BVerfG unter **Az 2 BvR 420/99** (BVerfGE 37, 217) in der Begründung festgelegt wurde II 2 / b) Das **Wohl des Kindes** bildet den **Richtpunkt** für den staatlichen Schutzauftrag nach Artikel 6 Abs. 2 Satz 2 GG. Bei einer Interessenkollision zwischen Eltern und Kind ist das Kindeswohl der bestimmende Maßstab] **das staatliche „Wächteramt“ (Artikel 6 Abs. 2 Satz 2) ist Verpflichtung zum kindeswohlgerechten Handel**

II. 2. wir fordern, dass von **jedem Bürger alle Gesetze eingefordert** werden können:

§ 1684 BGB (1) **Das Kind hat das Recht auf Umgang mit jedem Elternteil;**

jeder Elternteil ist zum Umgang mit dem Kind verpflichtet und berechtigt.

§ 1685 BGB (1) **Großeltern** und Geschwister haben ein Recht auf Umgang mit dem Kind, ...

(2) Gleiches gilt für den Ehegatten oder früheren Ehegatten eines Elternteils, der mit dem Kind längere Zeit in häuslicher Gemeinschaft gelebt hat, und für Personen, bei denen das Kind längere Zeit in Familienpflege war.

II. 3. wir fordern, dass der deutsche Staat **sein Staatsziel: die Resignation seiner Bürger** aufgibt, denn resignierte Bürger begehren nicht auf und sind leicht zu beherrschen (wie viele Väter haben schon aufgegeben und vegetieren ohne Lebensmut, Ziel, Glauben, Hoffnung / ohne Vertrauen auf Menschlichkeit, tlw. Arbeitslos oder zerbrochen als sog. Penner (mehr als 40% der Obdachlosen), alkoholabhängige am Existenzminimum dahin ?) – stattdessen haben alle Beamte, Politiker etc. ab sofort nur mehr gemäß objektiven, realen Tatsachen zu agieren und der Wahrheit und Menschlichkeit als oberstem Grundsatz in all ihren Handlungen zu folgen sowie die Menschenrechte aktiv umzusetzen.

II. 4. wir fordern, dass Zivilcourage nicht mehr gerichtlich bestraft wird:

- Väter, welche sich gegen mütterliche Kindesmisshandlungen einsetzen, werden inhaftiert
- Väter, welche sich für die Zukunft ihrer Kinder und damit gegen Amts- und Richterwillkür einsetzen, erhalten Umgangsverbot und die Urteile werden in Abwesenheit dieser engagierten und couragierten Menschen gefällt
- Menschen, welche Unrecht aufdecken (für unschuldig Inhaftierte) werden diskreditiert und als Querulanten durch staatliche Organe mundtot gemacht
- Menschen, welche sich vor Schwächere stellen, damit diese nicht zusammengeschlagen werden, werden verurteilt und härter bestraft als der Aggressor.

**Der Wahnsinn, welcher in deutschen Gerichtssälen abläuft, kann kein geistig gesunder Menschen nachvollziehen !
Daher darf es kein Berufsrichtertum mehr geben; Richter müssen min. 15 Jahre Anwaltspraxis / Fachanwaltspraxis nachweisen und müssen vom Volk für 1 Jahr gewählt & durch ein richterunabhängiges Gremium kontrolliert werden !**

II. 5. wir fordern, die in der deutschen Verfassung verankerte Gleichheit aller Menschen ein (GG Artikel 3 [Gleichheit vor dem Gesetz; Gleichberechtigung] (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. (2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.). Daher müssen auch getrennt lebende / geschiedene Väter (finanzielle Kindesversorgung als unterhaltszahlender Elternteil) & Mütter (als betreuender Elternteil) dieselbe Lohnsteuerklassen und Abzüge bekommen. Auch bleiben beide Eltern der Kinder, die auch beide etwas für den Fortbestand der Gesellschaft getan haben; daher sind beide in gleichem Umfang bei der geplanten Pflegeversicherungs- und Rentenerhöhung zu berücksichtigen, welche Eltern gegenüber Familien ohne Kinder besser stellen will. Jedoch stellen nicht nur die Finanzämter unterhaltszahlende Elternteile / Väter wesentlich schlechter als die betreuende Elternteile / Mütter, die heutige / aktuelle Diskussionen um Pflegeversicherungs- und Rentenerhöhung will alle Nicht-Kinder-Erziehende in die Erhöhung einschließen !

Damit werden die extrem benachteiligten Väter in ALLEN Bereichen und um ihre verfassungsmäßigen Rechte betrogen:

- sie haben keine Chance bei Gericht auf das Sorgerecht oder / und Aufenthaltsbestimmungsrecht
 - damit auch keine Chance Kinder-Erziehende zu werden (staatliche Festlegung: Mann = Zahlender) !
- ihnen wird der Umgang verwehrt / ungestraft boykottiert und die Kinder durch PAS bewusst entfremdet
- trotz hoher finanzieller Belastung (siehe TV Beitrag Oktober 2003: „verhungern nach Gerichtsbeschluss) werden sie durch die Abzüge / Lohnsteuerklassen auch zukünftig benachteiligt; so ist zu erwarten, dass sie bei einer Pflegeversicherungs- und Rentenerhöhung Familien ohne Kinder gleich gestellt, wobei diese KEINE Unterhaltzahlungen leisten müssen und real & faktisch viel mehr Geld in der Tasche haben.
- deutsche Juristen sagen und handeln gemäß: „wer zuerst kommt, mahlt zuerst.“ - damit begründen sie, dass die 1. Familien / Frau & Kinder aus der 1. Ehe alles bekommen und ein geschiedener Vater KEINERLEI Recht auf ein zweites Glück in einer 2. Ehe haben darf, denn bei dem Wenigen was einem Vater nach Abzug des Bußgelds für die 1. Ehe = Unterhalt bleibt, kann keine Familie überleben. So hat KEIN Vater ein Recht auf ein Leben „oberhalb“ der Sozialhilfe / des Selbstbehalts von €840 (dies soll für alles inkl. Miete, Versicherungen etc reichen und liegt dabei doch unter dem Sozialhilfeniveau) und auch kein Recht auf ein Rentnerdasein oberhalb der Armutsgrenze.

Wir fordern, das Ende der menschenunwürdigen Diskriminierung und Hexenjagd auf Väter / Männer und väterliche Großeltern durch Staat und Gesellschaft

MACHT BRAUCHT KONTROLLE In Deutschland geht jedoch die Macht nicht vom Volke aus, denn die gesamte Macht liegt einzig in den Händen der Richter und Staatsanwälte: absolut und unkontrolliert (Deutschland ist aus diesem Grunde weder eine Republik noch eine Demokratie)

Wir fordern die Überprüfung richterlicher Entscheidungen auf ihre Rechts- und Gesetzesmäßigkeit durch richterunabhängige Gremien mit Konsequenzen für die vorsitzenden Richter (entfernen aus dem Amt).

III. Wir fordern, dass eine internationale gesetzgebende Versammlung aller Rechtsstaaten:

1. sofort eine internationale Kommission (jährlich neu durch die Bürger zu wählen) einrichtet – ähnlich bzw. in Anlehnung an das Den Haager Kriegsverbrechertribunal und mit allen notwendigen Rechten ausgestattet, um international durchsetzbare Entscheidungen / Urteile erlassen zu können, damit die nationalen Seilschaften (sog. Krähenprinzip) von Richtern & Staatsanwälten durchbrochen sowie deren Kriminalisierung von ausgegrenzten Elternteile beendet werden.
2. in dieser internationalen Kommission (entweder eine weltweite oder zumindest europaweite) stellt jedes Land zumindest einen Repräsentanten und jeder Bürger (in einer europaweiten Kommission wäre dies also jeder Bürger Europas) kann sich ohne Anwaltszwang formlos an die Kommission wenden, wenn er seine unverbrüchlichen / unveräußerlichen Rechte durch einen Staat oder Staatsangestellten - vor allem, durch einen Richter oder Staatsanwalt verletzt sieht oder wenn er ein nationales bzw. internationales Gesetz als missachtet ansieht.
3. Beendigung der PAS Ziele des Jugendamtes als Kopf der Scheidungsindustrie, um mit Leid Geld zu verdienen
4. Staatsanwaltschaft und dienstliche Vorgesetzte sowie Minister(ien) müssen, Verfehlungen von Staatsangestellten & Richtern genauso zu verfolgen, wie Verfehlungen der Normal-Bürger, ansonsten machen sie sich selbst strafbar

IV. wir beantragen: Beendet die Ungleichbehandlung der Bürger – alle Menschen sind gleich !

- es gibt nur und ausschließlich Minister & Ministerien für Jugend / Frauen/ Familien etc. jedoch keine für Männer

- es gibt nur und ausschließlich Frauengleichstellungsstellen, jedoch keine für Männer / Väter oder Großeltern

1. Wir beantragen die Einführung eines Jungen, Großväter- / Väter- und Männerbeauftragten
2. Wir beantragen die Einrichtung eines Mänerschutzbeauftragten gegen weiblichen Psychoterror und staatliche Willkür
3. Wir beantragen die Einführung eines Ministeriums für Väter- und Großväter- bzw. Männerangelegenheiten
4. Wir beantragen die Beendigung staatlichen Unrechts und Willkür, begründet im jeweils aktuellen Zeitgeist
5. Wir beantragen die Umsetzung des GG / der Verfassung und die Einführung der MenschenRechtsStaatlichkeit
6. Wir beantragen die wahrhaftige Gleichstellung aller: jeden Alters, Geschlechts und Berufs ohne Benachteiligung
7. Wir fordern: keine Unterhaltszahlungen bei Umgangsboykott & Ende von lebenslangen Zahlungen u.a. Enkelkinder: BGB § 1601
8. Wir fordern das Ende des Belohnungssystems für die Arbeitsverweigerung (dadurch kann kein Verdienst auf den Unterhalt angerechnet werden) der ehemaligen Ehefrau & Mutter durch den lebenslangen Unterhaltsanspruch.
9. Wir fordern die Abschaffung der sog. Gewaltschutz- und Wohnungszuweisungsgesetze, welche nur Männer **ohne Beweise und Verhandlung in die Obdachlosigkeit** treiben sowie das Ende der „Gleichung“: Männer = böse & gewalttätig
10. Wir fordern, das Ende der menschenunwürdige Diskriminierung von / Hexenjagd auf Väter / Männer durch Staat und Gesellschaft - Tabuthema Gewalt und Scheidungsursachen: **per staatlichem Dekret**, welches den gesellschaftlichen Zeitgeist repräsentiert, *haben ausschließlich Männer die Schuldigen zu sein und es sind nur Männer fähig zu Gewalttaten*.
11. Wir fordern, dass vor jeder Gerichtsanhörung eine Schiedsstelle / Ombudsmann schlichten muss & ein Gerichtsverfahren nur dann beginnt, wenn der Schiedsspruch abgeändert werden würde. Es darf bei Gericht keine Partei kostenfrei gestellt werden
12. Wir beantragen die Gründung eines Komitees, welche richterunabhängig staatliche, staatsanwaltliche und richterliche Verfassungs- und Gesetzesverstöße ahndet; dieses Komitee / Gremium muss jährlich neu durch die Bürger gewählt werden und sozialwissenschaftliche Berufsgruppen enthalten.
13. Wir fordern, dass die Bürokratie / Politik zum Wohle der Bevölkerung AKTIV werden muss – denn die Macht der Bürokratie liegt im Nichtstun (Verweigerung<shaltung> zur Resignation der Bürger); nur dann passiert etwas, wenn ein hochrangiger Beamte / Mitglied der Politik selbst betroffen ist – z.B. tausende Motorradtote/-verletzte durch Leitplanken & Bitumen / Jahr.
14. Wir beantragen, dass sich jeder im / für den Staat tätige (inkl. Minister und Lehrer) jährlich der Beurteilung durch die Bürger stellen muss und seines Amtes verwiesen wird, wenn ihm das Bürgervertrauen entzogen wurde.

Mir ist bis heute kein Fall bekannt, in dem ein Staatsanwalt oder Richter wegen Gesetzesverstöße im Amt (Rechtsbeugung ist tagtägliche Praxis an deutschen Familiengerichten) oder Missachtung der Menschenwürde bzw. der int. Menschen- oder Kinderrechte angeklagt oder verurteilt worden wäre; das einzige, was einem Richter (im Gegensatz zu uns Bürgern) passiert: er wird die Leiter nach oben gelobt und früher in Pension geschickt.

Die absolute Macht (*denn niemand geht gegen Richter / Staatsanwälte vor und es ist unmöglich, diese durch Strafantrag zu belangen*) und die Unantastbarkeit der Richter aufzuheben, damit endlich diese ihrer und der staatlichen Verpflichtung nachkommen, die Schwachen und Unschuldigen zu schützen und dem so oft unsäglichen Zeitgeist Vernunft, Verantwortung, Menschlichkeit und Güte entgegen setzen – denn **jeder Mensch muss seine Würde bewahren dürfen (bei Gericht habe ich niemals ETHIK kennen gelernt)**. D.h. was Staatsbedienstete & Richter im Namen von *Recht, Gesetz und Gerechtigkeit* erlauben können, da die sog. *Selbstkontrolle der Justiz*, Richter vor den Konsequenzen ihrer Vergehen schützt (oder kennen Sie einen Richter, der für Gesetzes-, Menschenrechts- oder Völkerrechtsverstöße im Gefängnis sitzt, seinen Job oder Rentenanspruch verloren hat?) wird sich erst etwas in Richtung Menschlichkeit ändern, wenn solche Maßnahmen ergriffen werden.

Nachdem **Urteile schlüssig** zu sein haben (**WAS NICHT SEIN DARF, KANN NICHT SEIN**), werden Urteil entsprechend „argumentiert“: z.B. wenn sich Kinder entgegen der richterlichen Maxime für den Vater entscheiden, agieren diese laut dem Richter unter einem Loyalitätskonflikt.

Nun fordert unsere Gesellschaft ein hartes Vorgehen der Staatsgewalt gegen liebende Väter und rebellierende Jugendliche, welche bereits ihre Opfer sind. So darf es niemanden wundern, wenn Väter unwahr des sexuellen Missbrauchs verurteilt werden (vor allem nach der Maxime: „wenn Sie nichts angestellt hätten, hätten wir sie nicht verhaftet“), damit nachträglich der widerrechtliche Sorgerechtsentzug gerechtfertigt wird.